

<b>Zeitschrift:</b>	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
<b>Herausgeber:</b>	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
<b>Band:</b>	73 (1979)
<b>Heft:</b>	2
<b>Rubrik:</b>	Zeichen der Welt : die Welt am Jahreswechsel 1978/79 (Schluss)

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Beginnen wir hier und jetzt! Da fehlt es nicht an aktuellen Aufgaben, die wohl nur dann gelöst werden können, wenn auch die Kirchen sich ganz dahinter stellen:

- Rüstungsbeschränkung. Nach dem Ergebnis einer Umfrage ist das Schweizervolk der Meinung, es sollte auch bei den Militärkosten gespart werden.
  - Verbot der Waffenausfuhr. Im Parlament wird ein Vorstoß gemacht, die Ausfuhrbestimmungen zu lockern!
  - Einführung des Zivildienstes. Bis jetzt haben etliche Kirchenvertreter die neue Zivildienst-Initiative unterstützt. Die Kirchen selbst schweigen noch immer.
  - Schaffung eines Friedensforschungsinstitutes. Solange der Bundesrat die Ablehnung mit der Finanzknappheit begründet, müßten Rüstungskredite zurückgewiesen werden!
  - Gewaltverzicht, Soziale Verteidigung. Eine vorrangige Aufgabe für die kirchliche Friedensarbeit!
  - Friedenserziehung in Kirche, Schule und Erwachsenenbildung ...
- Die meisten dieser Postulate sind — vorerst andeutungsweise — von der Synode 72 der Schweizer Katholiken erhoben worden. Ein ähnliches Friedensprogramm gibt es in der evangelisch-reformierten Kirche überhaupt noch nicht. Wird sie die Forderungen des Antimilitarismus-Programms des Oekumenischen Rates aufnehmen? Wird es zu einer ökumenischen Friedensstrategie kommen?

«Das Thema Militarismus ist eine gewaltige Herausforderung für die Kirchen», — aber ebenso für uns alle.

WILLY SPIELER  
Zeichen der Zeit  
Die Welt am Jahreswechsel 1978/79  
(Schluß)

**Weltpolitische Tendenzwende für die Abrüstung?**

Die bewaffneten Konflikte, die im letzten Heft analysiert wurden, finden eine ihrer Ursachen in der fatalen, beinahe zwangsläufigen — oder auch «zwangsneurotischen» — Eigengesetzlichkeit des Rüstungswettlaufs unter den Staaten. Vor allem zwischen den beiden Supermächten hat das Wettrüsten heute einen Stand erreicht, daß es nicht einmal mehr vor der eigenen Logik der gegenseitigen Abschreckung bestehen kann.

Für diese Logik — die gewiß nicht unsere Logik ist — würde es nämlich genügen, wenn die USA und die UdSSR über je 100 unverwundbar verbunkerte Interkontinentalraketen mit Atomsprengsätzen verfügten. Stattdessen hat sich die Zahl nuklear bestückter Raketen zwischen 1970 und 1978 insgesamt von 3 700 auf über 14 000 erhöht.

Offenbar zielt das Wettrüsten gerade nicht auf das propagierte Gleichgewicht der Abschreckung, sondern auf die waffentechnologische Ueberlegenheit einer Supermacht über die andere. Damit aber führt es sich selber ad absurdum. Man hat errechnet, daß bei anhaltendem Wettrüsten alle sieben Jahre ein qualitativ neuartiges Waffensystem entwickelt würde, sodaß in den nächsten 49 Jahren das Gleichgewicht der gegenseitigen Abschreckung durch die sog. Zweitschlagskapazitäten mit 99prozentiger Wahrscheinlichkeit dem Uebergewicht einer Seite weichen müßte, sei es daß die Bevölkerung infolge eines perfekteren Raketenabwehrsystems einen Vergeltungsschlag nicht mehr zu fürchten bräuchte, sei es daß zielgenaue Angriffsракeten mit Mehrfachsprengköpfen die gegnerischen Vergeltungsракeten — auch diejenigen der Unterseeboote — vorzeitig ausschalten könnten.

Wohin der ganze Rüstungswahnsinn führt, zeigt allein schon die Tatsache, daß heute in den Arsenalen der Supermächte Atomwaffen in der Stärke von 50 000 Hiroshima-Bomben lagern. Jede Stadt der Erde ließe sich damit siebenmal vernichten. Die UNO hat an ihrer «Internationalen Abrüstungswoche» vom 24. bis 30. Oktober 1978 die Skandalchronik des Rüstungswettlaufs durch weitere Daten belegt. Danach werden weltweit annähernd 400 Milliarden Dollar im Jahr für Rüstungsgüter ausgegeben. Da diese Unsummen auch zulasten der dringend benötigten Hilfe an die Dritte Welt gehen, kommen sie einer indirekten Aggression gegen die Aermsten unter den Armen gleich. Verdoppelt hat sich seit 1970 nicht die Entwicklungshilfe, sondern die Waffenausfuhr in die Entwicklungsländer. Allein mit den 20 Millionen Dollar, die heute im Durchschnitt für ein Kampfflugzeug aufgewendet werden, ließen sich 40 000 Dorfapotheiken bauen, ausstatten und unterhalten. Die 100 Millionen Dollar, die ein mittlerer Zerstörer kostet, reichten zur Elektrifizierung von zwölf Städten mit insgesamt 10 Millionen Einwohnern. Und der Erwerb eines einfachen Bombers entspricht etwa den 83 Millionen, die von der Weltgesundheitsorganisation während der letzten zehn Jahre für die Pockenbekämpfung eingesetzt wurden.

Am 24. Januar ist die Genfer Abrüstungskonferenz erstmals in ihrer neuen Form zusammengetreten. Diesem seit 1961 bestehenden Ausschuß der Vereinten Nationen gehören nunmehr alle fünf Atommächte und 35 weitere Staaten aus den verschiedenen Erdteilen an. Der gemeinsame Vorsitz der USA und der UdSSR wurde zugunsten

einer monatlichen Rotation unter den Teilnehmerstaaten in alphabetischer Reihenfolge abgeschafft. Die Neuregelung soll vor allem den «zweitrangigen Atommächten» Frankreich und China entgegenkommen, damit sie ohne Gesichtsverlust ihre «Politik des leeren Stuhls» aufgeben können. Alter — und nach 805 Sitzungen des Abrüstungsausschusses kaum mehr genießbarer — Wein in neuen Schläuchen?

Der neue Abrüstungsausschuß beruht auf einer Resolution der UNO-Sondersession über Abrüstung, die nach fünfseinhalbwochiger Dauer am 1. Juli 1978 zu Ende ging. Daß diese Resolution unter den 149 Mitgliedstaaten der Weltorganisation einmütig verabschiedet werden konnte, scheint an sich schon ein diplomatischer Erfolg zu sein, zumal der Text keineswegs nur leerformelhafte Kompromisse enthält. Nukleare Rüstung und Abrüstung wird mit erster Priorität gefordert. Die USA und die UdSSR sollen ihre Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen (Salt II) so rasch wie möglich zu einem Ergebnis führen und das Atomtestverbot von 1962 auf unterirdische Explosionen ausdehnen. Ferner verlangt die Resolution ein Verbot chemischer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel, den Abbau der konventionellen Waffen und der militärischen Streitkräfte sowie die Begrenzung des internationalen Waffenhandels und die Reduktion der Militärbudgets zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung.

«Idealistischen» Resolutionstexten, die rechtlich niemanden verpflichten, kann freilich jeder zustimmen, und sei es auch nur, um die eigene «Realpolitik» wenigstens durch die Beteuerung des guten Willens zu ergänzen. Wie anders erklärt es sich sonst, daß zur selben Zeit, als die UNO-Sondersession über Abrüstung stattfand, ein Gipfeltreffen der Nato-Staaten eine jährliche Steigerung der Militärbudgets um reale drei Prozent bis in die neunziger Jahre beschloß? Nach Art des Orwellschen «Zwiedenkens» wirbt man um Verständnis für «die Position Präsident Carters, der sich Abrüstung zum Ziel gesetzt hat, aber angesichts der Umstände Aufrüstung betreiben muß» (NZZ vom 26. Mai 1978).

Es ist die angeblich wachsende Offensivkraft des Warschauer Paktes, mit der die Nato-Staaten ihre zusätzlichen Rüstungsanstrengungen begründen. Wie unredlich oder jedenfalls unrichtig dieses Argument aber ist, beginnen heute selbst westliche Politiker einzusehen. Ein so unverdächtiger Zeuge wie George F. Kennan vertritt in seinem 1978 erschienenen Buch «The Cloud of Danger» die These, «das Bild von der Sowjetunion, wie es gemeinhin im Pentagon und in Westeuropa gemalt werde, sei irreführend. Es sei eine Wahnsinnsvorstellung, zu glauben, der Kreml plane eine Überraschungsoffensive von der Elbe zum Ärmelkanal. In Tat und Wahrheit sei die Sowjetunion von heute eine in erster Linie von inneren Problemen absorbierte, gegen außen im Grunde

defensive Macht» (NZZ vom 10. Juli 1978). Bereits im «Spiegel» vom 25. Juli 77 hat kein geringerer als Valéry Giscard d'Estaing betont, daß «die Russen . . . immer noch Parität und nicht Ueberlegenheit wollen». Das gelte auch für die konventionelle Rüstung, in welcher der Westen wenigstens «qualitativ» immer noch besser abschneide. Ähnliche Worte waren in den letzten Tagen von Herbert Wehner, dem Fraktionschef der SPD im deutschen Bundestag, zu hören. Seitdem die Nato-Spezialisten die Rüstungen nicht mehr nur nach Quantität, sondern auch nach Qualität analysieren, zeigt sich in der Tat «ein völlig neues Bild vom Rüstungsgefälle: Nicht der Westen, sondern der Osten liegt zurück.» Aus einer Studie des amerikanischen «Council on National Priorities and Resources» geht hervor, daß der Westen in den nächsten vier Jahren über 30 Milliarden Dollar Rüstungskosten einsparen könnte, und zwar «ohne Beeinträchtigung der konventionellen Abschreckung oder Kampfkraft». («Der Spiegel» vom 11. Dezember 1978)

Diese Rückkehr zur Sachlichkeit, der sich heute wenigstens ver einzelte Politiker und Militärexperten der westlichen Hemisphäre verpflichtet wissen, ist trotz Nato-Gipfel ein ermutigendes Zeichen. Eine besser informierte Öffentlichkeit wird erkennen, daß die Nato-Staaten jene militärische Ueberlegenheit wollen, die sie dem Warschauer Pakt propagandistisch effektvoll unterstellen, und daß gerade sie die Parität ablehnen, die der Warschauer Pakt anstrebt. Es dürfte den Nato-Politikern immer schwerer fallen, die Abrüstungsvorschläge der anderen Seite als bloßes Propagandamanöver hinzustellen, derweil sie selber bestenfalls bereit sind, ihr ohnehin schon beschlossenes Rüstungsprogramm durch Salt II festschreiben zu lassen. Was spricht zum Beispiel gegen die Abrüstungsdeklaration des Warschauer Paktes vom 23. November 1978, was insbesondere gegen die darin enthaltenen Forderungen der «sofortigen prozentualen Reduktion» der Militärbudgets oder des Verzichts auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen?

Aus der Besorgnis über eine Rüstungsspirale, die sich gegen die Logik der Abschreckung kehrt, aus progressiven UNO-Resolutionen, die ähnlich wie die Menschenrechtsdeklarationen der Weltorganisation in den Völkern Hoffnungen wecken und dadurch die Regierungen unter den Druck ihrer eigenen Versprechen setzen könnten, aber auch aus der wachsenden Selbtkritik innerhalb des westlichen Verteidigungssystems geht die weltweite Abrüstungspolitik vielleicht doch mit einer neuen Qualität hervor. Johannes Paul II. hat wohl diese Tendenzen vor Augen, wenn er in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 1979 die «Politiker» auffordert: «Schafft — die Stunde ist günstig, und die Zeit drängt — immer größere waffenfreie Zonen. Habt den Mut, die bedrückende Frage des Waffenhandels noch einmal grundsätzlich zu überprüfen.»

Auch in der Schweiz zeichnet sich in der Frage der Militärausgaben eine Tendenzwende ab. Während noch im April 1977 der Chef des Eidgenössischen Militärdepartements den Beschaffungsantrag des Bundesrates für die Panzerabwehrlenkwaffe «Dragon» mit dem konventionellen Uebergewicht des Ostens begründen wollte, zeigt eine Meinungsumfrage der Nationalbank, daß die Mehrheit der Schweizer Bürger solchem Zweckpessimismus keinen Glauben mehr schenkt und sich mit erster Priorität für Sparanstrengungen des Bundes bei der «Landesverteidigung» ausspricht. (Vgl. «Gewerkschaftskorrespondenz» vom 16. Februar 1978)

### Eskalation des Terrors?

Die gelehrigsten Schüler des internationalen Drohsystems sind die Terroristen. Warum soll ihnen nicht billig sein, was den waffenstarrenden Mächten recht ist: Politik mit dem Mittel der Androhung oder auch Anwendung von Gewalt? Im vierten Buch seiner «Civitas Dei» zieht Augustinus einen ähnlichen Vergleich. Reiche, die auf Gewalt beruhen, sind für ihn nichts anderes als «große Räuberbanden». «Sind doch auch Räuberbanden nichts anderes als kleine Reiche.»

Es ist denn auch kein Zufall, daß Terroristen sich die Attribute staatlicher Souveränität zulegen. Sie geben vor, das «Volk» zu repräsentieren, mit eigenem «Volksgerichtshof» und «Gefangenen des Volkes». Namen wie «Rote Brigaden» oder «Rote Armee Fraktion» wetteifern mit den militärischen Legitimitätsymbolen der etablierten Staaten. Ebensowenig ist es ein Zufall, daß Staaten mit faschistischer Vergangenheit heute am meisten unter individuellem und Gruppenterror leiden.

Eine neue Terrorwelle sucht zur Zeit Italien und Spanien heim, während in der Bundesrepublik Deutschland eine — vielleicht trügerische — Ruhe in der Terrorszene eingekehrt ist. Von «trügerischer Ruhe» spricht auch eine amerikanische Regierungsstudie, die letztes Jahr veröffentlicht wurde. Denn «mit Sicherheit» würden früher oder später «die sozio-ökonomischen Bedingungen erneut gewaltsame Reaktionen in der Bevölkerung provozieren» (TA vom 21. März 1978). Der US-Regierung werden vermehrte Bespitzelung der Bürger, Notstandsmaßnahmen und Massenverhaftungen als künftige Szenarien zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung vorgeschlagen. Die Zeit der großen Sozialprogramme ist auch in den USA vorbei. Bekämpft werden sollen daher nicht die — anerkannten — «sozio-ökonomischen» Ursachen, sondern die Symptome.

Eine «sozio-ökonomische Bedingung» des Terrors, die noch viel zu wenig beachtet wird, liegt in der Dialogunfähigkeit unserer Gesell-

schaft. Wenn sich der Sinn unseres Lebens darin erschöpft, daß wir austauschbare Individuen werden, dann erscheinen humane Wirklichkeiten wie Liebe, Solidarität und Gemeinschaft nur noch als Störfaktoren, dann wird auch jede Kommunikation verdrängt, auf Systemkonformität reduziert. Explosionen der Sinnlosigkeit aber sind mögliche Folgen des verweigerten Dialogs, der verweigerten Anerkennung, des verweigerten Lebenssinnes. Oder wie der Verleger Klaus Wagenbach am Grab der bekanntesten deutschen Terroristin sagte: «Was Ulrike Meinhof umgebracht hat, waren die deutschen Verhältnisse: der Extremismus derjenigen, die alles für extremistisch erklären, was eine Veränderung der Verhältnisse auch nur zur Debatte stellt.»

Unsere Aufgabe ist es, den Terrorismus durch sozialistische Veränderung und nicht durch die Aufrüstung der Polizeiapparate, durch mehr und nicht durch weniger Demokratie in Staat und Gesellschaft, durch einen intakten und nicht durch einen ramponierten Rechtsstaat zu überwinden. Unsere Aufgabe ist es auch zu zeigen, daß Gewaltlosigkeit im Grunde für unsere Gesellschaft die größere Herausforderung ist als die Anwendung oder Androhung von Gewalt. Gewalt begiebt dem Staat mit seinen eigenen Waffen. Vor ihr zu schützen ist sein Beruf, verschafft ihm sogar Bestätigung und Anerkennung. Echte Gewaltlosigkeit dagegen lebt aus einer Logik, die jede Gewalt «verunsichert», nicht aus der Logik des Staates, sondern aus der Logik der freien Gemeinde, nicht aus der Logik des Rechts, sondern aus der Logik der Liebe, aus einer Logik also, die entwaffnet, weil sie nicht zu den Waffen greift, und die verändert, weil sie nicht zwingt.

Nur der unbedingte Wille zum Aufbruch aus unserer blockierten Gesellschaft ist aber auch glaubwürdig genug, um heute schon sinnlosen Terror zu verhindern. Den Beweis für die Bedeutung sozialistischer Glaubwürdigkeit hat im letzten Jahr die Redaktion der in Wien erscheinenden Zeitschrift «Neues Forum» erbracht, als sie eine Absage der BM-Täter Horst Mahler und Jürgen Bäcker an den Terrorismus veröffentlichten konnte, die zugleich die vielleicht gründlichste Analyse dieser Erscheinung enthielt. Mahler hat darüber hinaus mit seinen «Briefen aus dem Kerker» einen, wie Herbert Marcuse meint, «der wichtigsten Beiträge zur Theorie und Praxis der Linken» geschrieben. Ein abschließender Kernsatz dieser Analyse lautet: «Eine Linke, die die 'Zerschlagung des Staates' propagiert, wird von diesem Staat leicht zerschlagen werden; eine Bürgerbewegung, die in der Agonie des Kapitals darangeht, durch die teils autonome, teils 'gemischte' Lösung lebensbedrohlicher Probleme die sich selbst bestimmende — in diesem Sinne freie — Gemeinde zu schaffen, wird kräftig wachsen, immer weniger durch staatliche Gewalt verwundbar und schließlich in der Lage sein, die Herrschaft der Bürokratie zu brechen.» («Neues Forum» vom Juli/August 1978)

## Oekologische Menetkel

Nicht nur der Rüstungswettlauf, sondern auch die ökologischen Katastrophen der letzten Jahre machen uns die apokalyptischen Visionen des Johannes immer verständlicher. Geht nicht die Menschheit selbst daran, durch die Ausplünderung und Schändung der Natur das «siebente Siegel» (Of, 8) zu öffnen? Am 12. Januar ist der im März 1978 auf den Felsenriffen von Portsall geborstene Supertanker «Amoco Cadiz» endgültig in den Fluten verschwunden. 230 000 Tonnen Oel sind ausgelaufen. Die Oelpest kostete Zehntausenden von Meeresvögeln während der Brutzeit das Leben. Bereits zum vierten Mal seit dem Untergang der «Torrey Canyon» ist damit die Bretagne von einer derartigen Umweltkatastrophe heimgesucht worden. Und auch das neue Jahr hat mit der Strandung eines Supertankers, der «Andros Patria», in Spanien begonnen.

Während die Verschmutzung der Meere früher vor allem vom Festland ausging, droht sie nun zunehmend von der offenen See her. Die Unfälle gigantischer Oeltanker, die bereits über eine halbe Million Bruttoregistertonnen fassen, können sich jederzeit wiederholen. Hinzu kommt, daß nur schon durch das Auswaschen der Tankerräume auf offener See jährlich fünfmal soviel Oel wie durch Unfälle ins Wasser geschwemmt wird. Neue Gefahren entstehen ferner durch die Bohrtürme, die das Erdöl aus dem Meeresboden fördern. Die Havarie der «Ekofisk», die im April 1977 Norwegens Oelförderung außer Kontrolle brachte, ist ein erstes Warnzeichen.

Skandalös sind aber nicht einmal so sehr die menschlichen Unzulänglichkeiten, die zu solchen Unfällen führen, als vielmehr der fehlende Wille der Staaten, das Seerecht zu reformieren, dadurch den maritimen Größenwahn der Oelgesellschaften, Schiffsbauer und Regierungen zu bremsen, Vorkehren gegen Tankerunfälle und Oelkatastrophen zu treffen, die Schadenersatzansprüche befriedigend zu regeln, eine Zwölf-Meilen-Schutzzone zu vereinbaren, die von Tankerrouten freigehalten werden müßte, und nicht zuletzt die «Gefälligkeitsflaggen» abzuschaffen, unter denen mehr als ein Drittel der Welttankerflotte segelt. Wievieler Katastrophen bedarf es noch, bis eine umweltfreundliche Seerechtskonvention verabschiedet werden kann?

Daß Katastrophen aber auch Signale zum Aufbruch werden können, hat die Reaktion der Menschen auf die Oelpest in der Bretagne gezeigt. Bretonische Bauern besorgten zusammen mit Tausenden von Helfern die Reinigung der Küste. Der französische Vogelschutzbund nahm ein eindrucksvolles Rehabilitationsprojekt für die geretteten Jungvögel an die Hand. Immer deutlicher wurden dabei die Ursachen dieser offenen und latenten Katastrophen erkannt. Auf einem Flugblatt nann-

ten die französischen Kommunisten die Schuldigen: «Le fric et le pouvoir», das Geld und die Machthaber, die es allerdings nicht nur im westlichen Privatkapitalismus gibt.

Mit dem Slogan «Mazoutéz aujourd’hui — radioactifs demain», heute ölverseucht — morgen radioaktiv, schlugen Kleber eines «Comité Anti Marée Noire» den Bogen von der einen Umweltpest zur nächsten. Es gibt jedoch ermutigende Zeichen dafür, daß es soweit nicht kommen muß. Die für die Sicherheit der Kernkraftwerke zuständige Regierungsstelle der USA hat sich soeben vom Rasmussen-Bericht distanziert, der bisher weltweit als Beweis für die minimale Möglichkeit von Unfällen bei Kernkraftwerken zitiert wurde. Der Vorgang bestätigt die Internationale der A-Werk-Gegner, deren Widerstand immer mächtiger und für die Mächtigen immer mehr zum «politischen Problem» wird. Sie hat ihren bislang größten Sieg errungen, als am 5. November 1978 die österreichischen Stimmbürger die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf ablehnten. Wird am 18. Februar auch in der Schweiz eine Parole Zustimmung finden, die uns von den Sachzwängen einer Gier nach immer mehr Haben befreit und uns dafür Möglichkeiten zum mehr Sein eröffnet?

Ein Fortschritt, der nur schlecht verändert und die betroffene Natur geschändet zurückläßt, ist kein sozialistisches und schon gar kein christliches Ideal. Der Triumph der absoluten Technizität entspricht weit mehr dem Kapitalismus, ja Faschismus. Daß die fortschrittsgläubigsten Leute politisch erzreaktionär sind, gehört in der Tat zu unserer alltäglichen Erfahrung. Naiver Fortschrittsglaube wird, wie Erhard Eppler am 22. Januar im «Spiegel» schrieb, zum «ideologischen Ueberbau des Strukturkonservatismus». Aufgabe des Menschen ist es demgegenüber, die Erde «zu bebauen und zu bewahren» (1. Mos. 2, 15). Und auch «Marxismus der Technik, wenn er einmal durchdacht sein wird, ist zwar keine Philanthropie der mißhandelten Metalle, wohl aber das Ende der naiven Uebertragung des Ausbeuter- und Tierbändigerstandpunktes auf die Natur» (Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt/Main 1959, S. 813).

## Aus unseren Vereinigungen

### Einhellig für Atominitiative

Die Christen für den Sozialismus und die Religiös-soziale Vereinigung haben an ihren Versammlungen vom 12. und 27. Januar 1979 einhellig die Unterstützung der Atominitiative beschlossen. Sie geben dazu folgende Presseerklärung ab:

Wir stellen mit Befremden fest, daß die Kirchenbehörden nicht in der Lage